

Spinnrad



FORUM FÜR AKTIVE GEWALTFREIHEIT

Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig



FRIEDEN SCHAFFEN | AKTIVISMUS & RECHTE REGIERUNGEN

Nummer 1 | April 2025, € 4,-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Der derzeitige öffentliche Diskurs scheint vollends angekommen in einer Spirale aus Angst, militärischer Sicherheitslogik und (potenzieller) Gewaltausübung als Lösungsansatz. Der Ruf nach Aufrüstung wird lauter und vehementer, die Mittel sind schon bereitgestellt. Und in diesen Dynamiken werden sie groß, die „starken Männer und Frauen“ mit all ihren autokratischen Tendenzen, ihrer Demokratieskepsis und ihren Schikanen gegen Minderheiten und vermeintlich Schwächere, aber auf jeden Fall „andere“.

Die Fragen, auf die dieses Spinnrad und seine Autor:innen Antworten finden wollen, sind vielfältig, kreisen aber alle um die Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen: Wenn Aufrüstung zu Unsicherheit führt, was schafft dann Frieden? Was geschieht unter rechten Regierungen mit Menschenrechten und Umweltschutz, mit Aktivist:innen aus der Zivilgesellschaft und ihren Anliegen? Was geht noch an Engagement, Ideen und Widerstand, wenn scheinbar nichts mehr geht und die Arbeit für wichtige Grundwerte, die gerade noch so selbstverständlich schienen, schwere persönliche Konsequenzen mit sich bringt?

Dafür nehmen wir euch in dieser Spinnradausgabe mit in die Ukraine, nach Palästina und Ungarn, zu Friedens-, Menschenrechts- und Klimaschutzarbeit. Eine Antwort möchte ich hier aber schon vorwegnehmen, als Auftrag und kleinen Mutmacher: Es gibt IMMER etwas, das man bewegen kann. Am besten geht's gemeinsam!

Lucia Hämmerle
für das Redaktionsteam

OFFENLEGUNG laut §25 Mediengesetz:

Eigentümer und Herausgeber der Zeitschrift SPINNRAD ist zur Gänze der Internationale Versöhnungsbund – österreichischer Zweig, Lederergasse 23/3/27, 1080 Wien. Im Vorstand des Vereins sind Annamaria Bokor, Dieter Gallistl, Andreas Paul, Dagmar Ruhm, Wolfgang Schöpp und Wolfgang Weilharter. In der Geschäftsführung tätig ist außerdem Irmgard Ehrenberger.

Grundlegende Richtung: Die Zeitschrift SPINNRAD – Forum für aktive Gewaltfreiheit dient der Verwirklichung der Vision aus dem Leitbild des Herausgebers: „Der Versöhnungsbund strebt eine Welt an, in der die Achtung vor dem Leben und die Würde, Freiheit und Individualität jedes Menschen im Zentrum von Gesellschaft und Politik stehen und aktive Gewaltfreiheit als Handlungsprinzip verwirklicht ist. In dieser vom Versöhnungsgedanken geleiteten Welt werden unterdrückende und menschenverachtende Strukturen und Ideologien durch eine Kultur des Friedens, gewachsen aus religiösen und humanistischen Traditionen, abgelöst.“

Inhalt

02 | Editorial, Impressum, Offenlegung

03 | Was schafft Frieden? Impulsvortrag zum Bodensee-Friedensweg am 21.04.2025 von Pete Hämmerle

04 | Der geopolitische Kontext des Ukrainekrieges von Heinz Gärtner

09 | Zerstörung der Demokratie Ungarns Angriff auf die Zivilgesellschaft von Maya Fernandez-Powell

12 | Rechtes Klima von Christoph Streissler

15 | Zunehmende Gewalt und existenzielle Bedrohung Gespräch mit Dr. Mustafa Barghouti

18 | Alles Gute zum Geburtstag, liebe Hildegard! von Pete Hämmerle

19 | Aus unserer Leseliste

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams übereinstimmen.

Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:

- ▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 15
- ▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm. € 30, Selbsteinschätzung)
- ▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250
- ▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;

Tel./Fax: 01/408 53 32;

Email: office@versoehnungsbund.at

Website: www.versoehnungsbund.at

Umschlagdesign & Layout: Lucia Hämmerle

Herstellerin: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;

Verlagspostamt: 1080 Wien

Bankverbindung: Raiffeisen Umweltcenter Günskirchen
BIC: RZOOAT2L129,

IBAN: AT36 3412 9000 0891 2305

Preis der Einzelnummer: € 4,-

Abonnement: € 15,- (Inland), € 20,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!



Was schafft Frieden?

Impulsvortrag zum Bodensee-Friedensweg am 21.04.2025

Von Pete Hämmerle

Ich möchte zunächst euch alle, die ihr am Bodensee-Friedensweg 2025 teilnehmt, ganz herzlich begrüßen und mich für die Einladung bedanken. Ich bin zwar in Vorarlberg geboren und aufgewachsen, lebe aber seit 45 Jahren im Osten Österreichs und habe rund 40 Jahre beim österreichischen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes in Wien hauptamtlich und seit einem halben Jahr als Freiwilliger mitgearbeitet. Anfang letzter Woche waren meine Frau und ich mit dem Fahrrad zwei Tage im Waldviertel, in der Nähe des Truppenübungsplatzes Allentsteig, unterwegs, wo zu dieser Zeit rund 2000 Soldat:innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz ein Manöver mit Flugzeugen, Panzern und anderem Gerät zur Verbesserung der „Interoperationalität“ abhielten. Für mich ist der jährliche Bodensee-Friedensweg ein gutes Beispiel, dass diese länderübergreifende Zusammenarbeit auch auf der Ebene des Mottos „Was Frieden schafft“ möglich ist.

Ich möchte versuchen, die Verknüpfungen der Thematik auf zwei Ebenen zu beleuchten: „Frieden denken“ und „aktiv für Frieden eintreten“, anhand einiger praktischer Beispiele aus der Arbeit des Versöhnungsbundes.

Erstes Beispiel: Wöchentliche Mahnwachen von Standing Together Vienna

Seit dem 7. Oktober 2023 findet auf Initiative von Standing Together Vienna und der One State Embassy, einem jüdisch-palästinensischen Künstler:innen-Kollektiv in Wien, jeden Mittwoch um 18 Uhr am Platz der Menschenrechte eine 20-minütige Mahnwache in Stille statt, die von österreichischen Friedensorganisationen und Einzelpersonen unterstützt und mitgetragen wird.

Die Grundidee ist, dem Kriegs- und Propagandalärm der einen wie der anderen Seite eine Zeit gemeinsamer und geteilter Trauer um so viele Menschen, um konkrete Leben von Kindern, Frauen und Männern, Zi-

vilpersonen und Kämpfer:innen bzw. Soldat:innen, gegenüber zu stellen. Es geht darum, in einem Klima von Hass, Feindbildern und Spaltungen die Menschlichkeit nicht zu verlieren und trotz allem daran festzuhalten, dass ein friedliches Zusammenleben die einzige Möglichkeit ist, Sicherheit für alle in der Region (irgendwann) zu erreichen – und dafür auch öffentlich einzustehen.

Solche Stimmen von Betroffenen der Gewalt und des Krieges werden dadurch auch bei uns sichtbar und hörbar gemacht im Leid, das sie erfahren: als Opfer des Angriffs der Hamas, getötet oder als Geiseln genommen, als Opfer der israelischen Reaktionen mit zehntausenden Toten im Gazastreifen, zunehmend auch im Westjordanland, ausgehungert, verwundet, vertrieben und in noch tiefere Verzweiflung gestürzt als schon vor dem 7. Oktober. Und dennoch gibt es auf beiden Seiten des Konflikts Menschen und Gruppen wie die

Combatants for Peace, die Kämpfer:innen für den Frieden, die z.B. am kommenden Dienstag, den 29. April, unter großen Anfeindungen wieder ihr gemeinsames Gedenken aller Opfer des Krieges, israelische wie palästinensische, veranstalten, an dem jedes Jahr tausende Menschen live oder online teilnehmen.

Globale, europäische und nationale Sicherheitsdiskurse

Spätestens seit dem militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine 2022, jüngst noch verstärkt seit dem Amtsantritt Donald Trumps als US-Präsident, befinden wir uns in einer Situation der geopolitischen „Zeitenwende“. Aus der Sicht des offiziellen (EU-)Europa bedeute dies, endlich umfassende Anstrengungen für eine eigenständige „Verteidigung Europas“ unternehmen zu müssen, die natürlich auch finanziell zu Buche schlagen werden – Sicherheit gebe es nicht zum Nulltarif, 800 Milliarden Euro zusätzlich sind allein im Programm „Rearm Europe“ dafür veranschlagt. Angesichts der zahlreichen Bedrohungen durch Kriege – von denen viele bei uns kaum bis ins öffentliche Bewusstsein vordringen –, durch autoritäre Regime, Cyber- und hybriden Krieg, illegale Migration etc. müsse man gewappnet sein, um nicht zwischen den alten und neuen Machtsakteuren zerrieben zu werden oder in Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Durch ein solches Denken und Argumentieren wird der Diskurs über Frieden und Sicherheit fast ausschließlich auf militärische Kategorien reduziert. In der Friedens- und Konfliktforschung der letzten Jahre haben sich die Begriffe Sicherheitslogik (man könnte auch Kriegslogik dazu sagen) versus Friedenslogik herausgebildet als Paradigmen für den Umgang mit Gewalt und Bedrohungen. Während sich eine militärisch verstandene Sicherheitslogik primär an eigenen (national-staatlichen) Interessen und der Abwehr

von „feindlichen“ Gefahren von außen orientiert, stehen bei der Friedenslogik die menschliche Sicherheit und die gemeinsame Sicherheit im Vordergrund des Denkens und der Herangehensweise an Konflikte.

Ich finde es wichtig, dass der Bodensee-Friedensweg bewusst einen breiten Friedens- und Sicherheitsbegriff in den Mittelpunkt stellt, der dem Paradigma der Friedenslogik folgt (wirtschaftlich, sozial, geistig und militärisch). Wohin wir kommen, wenn die militärische Sicherheitslogik vorherrscht, sieht man nicht nur an den aktuellen Kriegen (neben der Ukraine und Israel/Palästina v.a. in Regionen des Nahen/Mittleren Ostens und mehreren Ländern Afrikas), sondern auch in den als alternativlos dargestellten weltweiten Eskalations- und Aufrüstungsschritten. Inzwischen gehen hunderte Wissenschaftler:innen aus einschlägigen Fachgebieten davon aus, dass große militärische Auseinandersetzungen bis hin zu einem 3. Weltkrieg in den nächsten Jahren durchaus als reale Möglichkeit gesehen werden müssen. Aber anstatt auf allen Ebenen des Lebens alles Erdenkliche zu tun, damit es nicht soweit kommt – also das gesamte vorhandene Instrumentarium politischer, diplomatischer, ziviler und gewaltfreier Methoden der Deeskalation und Friedensschaffung einzusetzen –, wird erneut auf Aufrüstung, Abschreckung und auf Maßnahmen gesetzt, die eine Kultur des Krieges und der Gewalt statt einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit befördern. Glauben wir wirklich, dass dieses Denken und Handeln zu mehr Frieden und menschlicher Sicherheit führen wird?

Positive Beispiele und Hoffnungszeichen

Hier ist nicht der Ort und die Zeit, ausführlicher auf diese negativen Tendenzen oder einzelne Konfliktherde und Kriegsschauplätze ein-

zugehen – ich verweise hierzu auf das Angebot der vertiefenden Diskussion im Anschluss. Ich möchte vielmehr den Anliegen des Aufrufs zum Friedensweg entsprechend einige Punkte und Beispiele teilen, wie wir angesichts der Weltlage doch Hoffnung schöpfen und stiften und praktische Ansätze für mehr Frieden entwickeln können.

1. In einer kürzlich veröffentlichten Jugendstudie des Radiosenders Ö3, an der rund 24.000 junge Menschen der Generation Z (16-25 Jahre) teilgenommen haben, wurde von 82% und damit als größte Befürchtung für die Zukunft die Sorge vor einem Krieg genannt. Weiters sprachen sich 58% gegen die gegenwärtigen Aufrüstungspläne und 79% für die österreichische Neutralität aus, 59% traten für die Einführung eines Unterrichtsfaches „Konfliktlösung/Gewaltfreies Miteinander“ ein. Was können wir alle gemeinsam in unseren Ländern tun, um diesen Wünschen und Bedürfnissen besser Ausdruck zu verleihen und sie in die politische Diskussion so einzubringen, dass sie auch ernst genommen werden?

2. Ein Blick in die jüngere Geschichte zeigt uns, dass der sog. Kalte Krieg, die letzte als militärisch brandgefährliche Bedrohung auf europäischem Boden empfundene Krisensituation, letztlich durch zwei wichtige Faktoren zu einem (vorläufigen) Ende kam: einerseits durch diplomatische Maßnahmen einer Politik der Entspannung und der gemeinsamen Sicherheit (KSZE-Prozess 1975), zum anderen durch großteils gewaltfreie Methoden des Widerstandes durch zivilgesellschaftliche Gruppen, Friedens- und Bürger:innenbewegungen, gewerkschaftliche und religiöse Aktivitäten etc., die in Ost und West zu einem Umdenken und zur Veränderung einer scheinbar unwandelbaren Weltordnung beitrugen.

3. Ein weiteres, daran anknüpfendes Hoffnungspotenzial ist in umfangreichen neueren Forschungs-



WAS SCHAFFT FRIEDEN?

arbeiten (z.B. „Why Civil Resistance Works“ von E. Chenoweth und M. Stephan 2011 und folgende) zu finden: In 323 dokumentierten Fällen zwischen 1900 und 2005 waren bei der Überwindung diktatorischer und autokratischer Systeme, bei Unabhängigkeits- und Sezessionskämpfen weltweit rein gewaltfreie Methoden des zivilen Widerstandes fast doppelt so erfolgreich (51%), also effektiv, wie der Einsatz von bewaffneter Gewalt, die in 26% zu den angestrebten Zielen führte.

Daran knüpfen beispielsweise neue Initiativen zu einer (Wieder-)Belebung des Konzepts einer Sozialen oder Zivilen Verteidigung in Deutschland oder Vorschläge für eine aktive Neutralitäts- als Friedenspolitik in der Schweiz und Österreich an (z.B. die „Österreichische Friedensstrategie“ und die aktuelle Stellungnahme zur Aufrüstung des österr. Versöhnungsbundes), verschiedene Szenarien von „Sicherheit neu denken“ in diesen drei und weiteren europäischen Ländern wollen den Vorrang der Friedenslogik und gewaltfreier Konfliktbearbeitung auch im politischen Alltag stärker verankern.

4. Oft wird die Schwäche (bis hin zur Inexistenz) der Friedensbewegung(en) konstatiert oder bedauert, und rechtspopulistische Parteien wie die FPÖ, die AfD oder die SVP versuchen, vielen Menschen wichtige Themen des Friedens für ihre nationalistischen Agenden zu besetzen. Dabei sind sie jedoch nicht von einem friedenslogischen Ansatz geleitet, sondern von einer Sicherheitslogik, die ebenfalls ausschließlich auf eigene Interessen, Abschottung und Isolation auf nationaler Ebene setzt. Demgegenüber sollten wir in den vielfältigen Krisen der letzten Jahre eigentlich gelernt haben, dass zukunftsfähige Lösungen für die Krisen und Probleme der Menschheit und des Planeten nur auf globaler Ebene, in einem „Heimatland Erde“ (E. Morin), erreicht werden können.



5. Was also schafft Frieden? – Wichtige Bedingungen dafür sind allgemein im BFW-Aufruf genannt, sie bedürfen in jedem Fall einer Konkretisierung für den jeweiligen Kontext, die ich zum Abschluss für die österreichische Ebene versuche:

Frieden schafft

- der politische Wille, die Finanzierung und der Einsatz ziviler Methoden der Konfliktbearbeitung statt einer Beteiligung am Wettrüsten – durch zumindest das Einfrieren des Militärbudgets auf dem Stand vor 2022 (0,8% des BIP) und die Umlenkung eingesparter Mittel in Friedensförderung und Friedensbildung
- keine weitere Annäherung an die NATO und deren Strukturen, keine Beteiligung an der EU-Militarisierung, insbesondere der Rückzug aus dem Projekt „Sky Shield“
- Fortsetzung der Abrüstungsbemühungen, insbesondere in Hinblick auf den Atomwaffenverbotsvertrag, den APM-Vertrag und einen Vertrag für eine strenge Regulierung im Bereich autonomer Waffensysteme, auf multinationaler, diplomatischer und zivilgesellschaftlicher Ebene

- die Schaffung und Förderung ziviler Instrumente der Konfliktbearbeitung, insbesondere durch die Einführung eines Zivilen Friedensdienstes in Österreich und den Aufbau von Kompetenzen im Bereich der Konfliktprävention und der Mediation

Zum Abschluss möchte ich als Beispiel noch die Arbeit des Versöhnungsbundes in der Schutzbegleitung der Friedensgemeinde San José de Apartado und anderer bedrohter Land- und Menschenrechtsverteidiger:innen in Kolumbien erwähnen. Seit 2005 ist der Versöhnungsbund hier engagiert, seit über vier Jahren arbeitet eine österreichische Friedensfachkraft daran mit, dass diese gewaltfreien Initiativen inmitten einer Situation komplexer Gewalt Schutz vor Bedrohungen durch bewaffnete Akteur:innen und eine Stimme in ihrem Kampf für ein Leben in Würde erhalten. In einer Woche werde ich selbst für zwei Monate als Freiwilliger vor Ort sein und ich hoffe, dadurch einen Beitrag zum Friedensschaffen leisten zu können.

Pete Hämmerle ist Friedensaktivist und früherer Co-Geschäftsführer des Internationalen Versöhnungsbundes in Österreich





Der geopolitische Kontext des Ukrainekrieges

Von Heinz Gärtner

Russlands Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 fällt in eine Zeit geopolitischer Umbrüche von Aufrüstung und der Bündnisbildung. Die Konsequenzen werden in Europa ähnlich denen des Kalten Krieges lange zu spüren sein.

Tripolarität

Die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandene „Unipolarität“ mit der Hegemonie der USA währte nur eine gewisse Zeit lang, auch wenn es teilweise in den Köpfen der US-Regierungen bis heute andauert. Danach prägte der Begriff der Multipolarität die internationale Debatte. Damit gemeint ist, dass in der Welt verschiedene Pole und Zentren entstehen. Das wären China, Russland, Indien, Brasilien, Japan, Europa und andere. Der Begriff Multipolarität ist irreführend, weil ökonomische Stärke einzelner Staaten nicht automatisch weltpolitische Macht bedeutet. Es geht um eine Tripolarität der USA, Chinas und Russlands, mit den USA an der Spitze. Die US-amerikanische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrinen sprechen von einer Großmachtkonkurrenz.

Bündnisse

Bündnisse werden in Zeiten geopolitischer Konflikte immer bedeutender. Neben bereits existierenden Bündnissen und Vereinigungen wie die NATO oder auch die Kollektive Sicherheitsorganisation (CSTO), eine Nachfolgeorganisation des Warschauer Paktes, wurden auch neue Sicherheitsorganisationen gegründet: Die australisch-britisch-amerikanische Gruppierung (AUKUS) sowie die asiatische Quad, bestehend aus den USA, Indien, Japan und Australien, richten sich gegen die angenommene chinesische Bedrohung. Präsident Trump versucht, die Verbündeten durch Androhungen von Schutzzöllen und Sanktionen an die USA zu binden.

Umgekehrt enthält Chinas Seidenstraßeninitiative, die sich über mehrere Kontinente erstreckt, viele Elemente „sanfter Macht“. Natürlich spielen wirtschaftliche Interessen Chinas die Hauptrolle. China unterhält keine Bündnisse, baut aber ein „globales Netzwerk von Partnern“. China dominiert auch die Shanghai-Kooperation-Organisation (SCO), die aber keinen Bündnischarakter besitzt.

Russland wiederum hat außer der Nachfolgeorganisation des Warschauer Paktes, der CSTO, keine funktionierenden Bündnisse. Russland hat aber Verbündete in Afrika, im Mittleren Osten und Lateinamerika. Jedoch sieht es seine Großmachtposition im Westen durch die NATO-Erweiterung und im Osten durch den chinesischen Einfluss mit der Seidenstraßeninitiative gefährdet. Die NATO hat seit Ende der neunziger Jahre ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes und sowjetische Republiken aufgenommen. Der Ukraine wurde beim NATO-Gipfel 2008 in Bukarest die Mitgliedschaft versprochen. Gleichzeitig haben viele ost- und südeuropäische Staaten ihre Wirtschaftsbeziehungen mit China wesentlich ausgebaut und Russland verdrängt. Zwischen 2012 und 2019 stieg der Handel Chinas mit sechzehn zentral- und osteuropäischen Staaten um siebzig Prozent.

Russland hat den Großmachtkonflikt verloren

Deshalb glaubte Russland, es könne mit dem Krieg gegen die Ukraine wenigstens seinen Einfluss im



Westen wahren, weil es selbst wirtschaftlich von China abhängig ist. Dementsprechend versteht Russland seine „Militäroperation“ in der Ukraine als Kampf gegen die Unipolarität. Aus langfristiger Perspektive hat Russland den Großmachtkonflikt mit dem Krieg in der Ukraine verloren. Russland hat zwar in der Ukraine auf dem Schlachtfeld Territorialgewinne erreicht. In der globalen Geopolitik hat Russland eine führende Position eingebüßt. Es ist nunmehr im Westen von NATO-Mitgliedern umgeben. Sein regionaler Spielraum ist eingeeignet.

Global ist Russland zum Juniorpartner Chinas geworden. Wirtschaftliche Abhängigkeiten entstanden. Russlands Wirtschaft hat ohnehin nur eine Größe von der Italiens oder Spaniens. Politisch-diplomatisch hat China Russland auf der Weltbühne und im Mittleren Osten abgelöst. Russlands Wirtschaft wird durch Sanktionen und Mangel an westlichen Investitionen wohl langfristig und nachhaltig geschädigt sein. Russland konnte den Sturz seines wichtigsten Verbündeten, al-Assad in Syrien Ende 2024, wegen seines militärischen Engagements in der Ukraine nicht mehr verhindern. Ein anderer Verbündeter, der Iran, verlor durch die Schwächung seiner Partner, der Hamas in Gaza und der Hisbollah im Libanon, an Bedeutung.

Was können kleinere Staaten tun?

Wenn sich Großmächten in einem globalen geopolitischen Konflikt befinden, haben kleinere Staaten zwei Optionen: Mitgliedschaft in einem Bündnis oder Neutralität und Blockfreiheit. Erstens können sie sich an eine Großmacht anlehnen („Bandwagoning“) und einem Bündnis beitreten, um die eigene Sicherheit zu erhöhen und auch wirtschaftliche Vorteile davon zu haben. Sie fürchten, im Falle eines Konfliktes alleine gelassen zu werden („Abandonment“). In diesem Fall bekommen

kleinere Staaten in der Regel Schutzversprechen (wie etwa mit Artikel V im NATO-Vertrag).

Sie laufen aber zugleich Gefahr, in fremde und Großmachtkonflikte hineingezogen zu werden („Entrapment“), weil sie als Gegenleistung für die Schutzversprechen auch Verpflichtungen eingehen müssen. Sie sind dazu angehalten, anderen Schutz zu gewähren, unabhängig, ob die eigenen Interessen betroffen sind. Mit dem Beitritt zur NATO wählten Finnland und Schweden ein Bündnis vor Neutralität und Blockfreiheit. Begründet wurde dieser Schritt mit der Sicherheitsgarantie der NATO, die die Ukraine nicht gehabt habe. Die Finn:innen und Schwed:innen fühlten sich subjektiv durch Russland bedroht, konkrete Bedrohungen lagen allerdings nicht vor, wie die finnische Außenministerin dem Autor gegenüber erwähnte. Hybride Drohungen haben seit dem Beitritt zur NATO sogar zugenommen.

Zweitens können kleinere Staaten neutral und blockfrei bleiben. Damit vermeiden sie die Gefahr, automatisch in einen Großmachtkonflikt verwickelt zu werden. Dieser Status der Neutralität muss aber glaubhaft und berechenbar sein. Das bedeutet, dass ein neutraler Staat schon in Friedenszeiten seine Neutralität und Blockfreiheit unzweideutig vermitteln muss. Er muss immer wieder klarstellen, dass er nicht anstrebt, einem Militärbündnis beizutreten, und darf nicht an fremden Kriegen teilnehmen oder zulassen, dass fremde Truppen auf seinem Territorium stationieren werden.

Ukraine: Verpasste Chance

Ein erfolgreiches historisches Beispiel für eine Neutralitätslösung ist die Situation Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg. In einer Situation der geopolitischen Blockbildung war Österreich einem Großmachtkonflikt ausgesetzt. Österreich war von den Siegermächten vierfach besetzt. Indem sich Österreich

1955 für die permanente Neutralität entschied, vermied es Besetzung und Teilung.

Die Ukraine verhielt sich vor dem russischen Einmarsch keineswegs neutral, obgleich sie nicht Mitglied der NATO war. Ein Staat kann nicht glaubhaft neutral sein und gleichzeitig einem Militärbündnis beitreten wollen. Beim Abschluss des Budapester Memorandums 1994 war die Ukraine noch neutral. Seit 2005 war sie auf NATO-Beitrittskurs. In seinem ersten Amtsjahr 2005 unterzeichneten Präsident Yushenko und NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer ein Übereinkommen, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine anzustreben. 2008 versprach der NATO-Gipfel von Bukarest der Ukraine und Georgien die NATO-Mitgliedschaft. Yanukovych war nach 2010 eine kurze Ausnahme. 2014 und 2019 gab es Parlamentsresolutionen, die NATO-Mitgliedschaft in die Verfassung aufzunehmen, was dann auch geschah.

Neutralität hätte für die Ukraine aber die Lösung sein können, wenn die NATO-Erweiterung das Hauptmotiv Russlands für den Einmarsch in die Ukraine war. Neutralität und der Verzicht der Ukraine auf die NATO-Mitgliedschaft wären eine Möglichkeit gewesen, dass russische Truppen abziehen. Ein derartiger Vorschlag wurde vom Autor vor der russischen Übernahme der Krim am 3. März 2014 gemacht. Am 20.3. wurde dieser Vorschlag von der österreichischen Regierung übernommen,⁽¹⁾ allerdings aus unbekannten Gründen im Herbst wieder fallen gelassen.

Wäre die Ukraine auf glaubhaftem Neutralitätskurs geblieben, hätte der Krieg wahrscheinlich verhindert werden können, und die Ukraine hätte die Ostukraine, mit einer starken Autonomieregelung, wie im Minsk-Übereinkommen vorgesehen war, behalten können. Bei den Verhandlungen in Istanbul im März 2022 kam diese Lösung wieder zur Sprache, wurde aber nach der In-

(1) <https://kurier.at/politik/ausland/faymann-neutralitaet-als-modell-fuer-ukraine/56.863.875>



tervention des britischen Premierministers Boris Johnson unmittelbar danach verworfen. Nunmehr droht der Ukraine permanente Besetzung oder permanente Teilung, wie in Deutschland oder Korea im Kalten Krieg. Rückgewinnung des Territoriums bei Verzicht auf NATO-Mitgliedschaft mit der Möglichkeit der EU beizutreten, wird nach drei Jahren Krieg von 71 Prozent der Ukrainer:innen bevorzugt.⁽²⁾

Das Gegenargument lautet, dass Neutralität nicht die Lösung sein könne, weil Russland die Errichtung eines russischen Imperiums oder die Wiederbelebung der Sowjetunion oder gar des Warschauer Vertragsgebietes anstrebe. Dafür fehlten Russland allerdings die Kapazitäten. Die Rüstungsausgaben Russlands von etwa sechzig Milliarden Dollar im Jahr waren vor Beginn des Krieges nicht gestiegen. Das waren etwa sechs Prozent der Rüstungsausgaben der NATO. Im Vergleich dazu gab das nationalsozialistische Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg für Rüstung so viel, wie zwei Drittel seiner Gegner in Europa aus.

Präsident Trump will sich aus dem Ukrainekrieg zurückziehen. Um das zu erreichen, verfolgt er eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Dem durch den Krieg global geschwächten und von China abhängigen Russland machte er vage Angebote für künftige Verhandlungen über einen regionalen Status quo, droht aber gleichzeitig mit Sanktionen. Er lässt aber offen, dass er auch gleich wieder aussteigen könnte wie aus den Gesprächen mit Nordkorea 2020. Der Ukraine bietet er den Kauf von Rohstoffen an, die er ja auch von Russland kaufen könnte, droht aber gleichzeitig mit dem Aussetzen der Hilfe. Er will der Ukraine keine Sicherheitsgarantien gewä-

ren, um nicht in einen neu aufflammenden Krieg verwickelt zu werden, verweist aber auf die Europäer:innen.

Das 2025 intensivierte Aufrüstungsprogramm der EU wird den Krieg in der Ukraine nicht beenden, aber man bereitet sich damit auf einen neuen Eisernen Vorhang in Europa vor. Die Geschichte hat gezeigt, dass nach Kriegen die politischen Grenzen mehr oder weniger dort gezogen werden, wo die Armeen zum Stehen gekommen sind. Nachdem Finnland und Schweden der NATO beigetreten sind, zeichnet sich eine neue harte Grenze, mit Aufrüstungsprozessen diesseits und jenseits ab. Die Europäer:innen wollen diese Grenze auch ohne die USA sichern können. Sie wird voraussichtlich durch die Ukraine gehen. Verhandlungen können noch einige Verschiebungen bringen.

Historisches Vorbild

Schon vor dem Ende des Krieges in der Ukraine muss über eine Nachkriegsordnung nachgedacht werden. Vorbild kann die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) sein. Deren Schlussakte ist wohl das historisch wichtigste Dokument der Nachkriegszeit Europas. Das Dokument stellte die territoriale Nachkriegsordnung nicht in Frage und anerkannte das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, formulierte gleichzeitig aber einen Wertekatalog über Menschenrechte und Grundfreiheiten. Mit der KSZE wurden die Grenzen in Europa anerkannt, eine gewaltsame Veränderung ausgeschlossen, sowie gemeinsame Werte formuliert, die aber letztlich zur Aufweichung des Ostblockes führten. Damit verbunden war die deutsche Ostpolitik. Sie sollte Wandel durch Annäherung bringen.

Im Gegensatz zu den Sicherheitsstrategien der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts vermied dieses Dokument Ausdrücke wie Feind, Gegner, Konkurrent, Herausforderer, Rivale. Der Schwerpunkt lag auf kooperativer und gemeinsamer Sicherheit. Es unterstrich hingegen die Unteilbarkeit von Sicherheit, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Notwendigkeit kooperativer Sicherheit und Gewaltverzicht. Diese Prinzipien sollten das „Sicherheitsdilemma“ durchbrechen, das auf dem Höhepunkt der Blockkonfrontation entstand, die Aufrüstung, gegenseitiges Misstrauen, Beschuldigungen expansionistischer Aktivitäten und ideologische Differenzen zur Folge hatte. Der offiziell 1973 begonnene Verhandlungsprozess war auch eine Folge des sowjetischen Einmarsches in der Tschechoslowakei 1968. Eine Woche nach dem Einmarsch fuhr eine Delegation der Bundesrepublik Deutschland nach Moskau, um Gespräche über eine kollektive Sicherheit in Europa aufzunehmen. Man wollte weitere Interventionen verhindern, insbesondere in Ostdeutschland.

Es wird lange dauern, bis ein derartiger Prozess nach Ende des Ukrainekrieges begonnen und weitergeführt werden kann. Im Kalten Krieg begannen Rüstungskontrollgespräche nach der Kuba-Krise 1962. Der Plan des belgischen Außenministers Harmel von 1967 betonte neben „Abschreckung und Verteidigung“ auch den Dialog mit Moskau. Das Weißbuch der Europäischen Union vom März 2025⁽³⁾ kennt zwar „Abschreckung und Verteidigung“ aber nicht den Dialog. Rüstungskontrolle wird nicht erwähnt. Es wird ein langer Weg bis 1975 sein.

Heinz Gärtner ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Vorsitzender des Beirats des Internationalen Instituts für Frieden (IIP)

(2) Umfrage des „European Council on Foreign Relations“, 15. Jänner 2025; <https://ecfr.eu/publication/alone-in-a-trumpian-world-the-eu-and-global-public-opinion-after-the-us-elections>

(3) https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/30b50d2c-49aa-4250-9ca6-27a0347cf009_en?Filename=White%20Paper.pdf





Bild: Ábrahám Szilárd

Zerstörung der Demokratie

Ungarns Angriff auf die Zivilgesellschaft

Von Maya Fernandez-Powell

Die Organisation Human Rights First reiste im April 2024 im Vorfeld des bevorstehenden EU-Wahlkampfes nach Ungarn. Sie trafen Menschen aus der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsanwält:innen, LGBTQ+-Aktivist:innen, Journalist:innen, Akademiker:innen und ausländischen Diplomaten:innen und sprachen mit ihnen über die Herausforderungen, mit denen sich Menschenrechtsverteidiger:innen dort momentan konfrontiert sehen.

Seit Jahren verabschiedeten Orbán und seine Verbündeten Gesetze gegen Nichtregierungsorganisationen und wenden verschiedene Taktiken an, um die Zivilgesellschaft in Ungarn zu ersticken. [Letztes Jahr] verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das eine Behörde einführt, die Einzelpersonen bzw. Organisationen untersucht, die beschuldigt werden, ausländischen Interessen zu dienen, und außerdem strafrechtliche Sanktionen gegen diejenigen vorsieht, die ausländische Finanzmittel für Wahlkampagnen verwenden. Die Organisation Human Rights First reiste im April 2024 im Vorfeld des bevorstehenden [EU-Wahlkampfes nach Ungarn, um über die Herausforderungen für Menschenrechtsverteidiger:innen zu berichten, die in einem zunehmend feindseligen und gefährlichen Umfeld arbeiten. Sie sprachen mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsanwält:innen, LGBT-

Q+-Aktivist:innen, Journalist:innen, Akademiker:innen und ausländischen Diplomaten:innen in Budapest und in der östlichen Stadt Debrecen.

Aktivist:innen im Visier

Seit 2010 sind schädliche Gesetze zentraler Bestandteil von Orbáns Angriff auf die Zivilgesellschaft und die gezielte Bekämpfung von Menschenrechtsverteidiger:innen. Im Jahr 2018 verabschiedete die Regierung das „Stop Soros“-Paket, das jene kriminalisiert, die Migrant:innen und Asylbewerber:innen Hilfe anbieten. Die Gesetze machten die „Ermöglichung illegaler Migration“ zu einem Verbrechen, was auch jene miteinschließt, die Migrant:innen Rechtsberatung oder Informationen anbieten. Ihnen droht eine Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr. 2021 stellte der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) fest, dass die „Stop Soros“-Gesetz-

gebung gegen EU-Recht verstößt. Der EuGH und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg haben wiederholt gegen die von der Orbán-Regierung verabschiedeten Anti-NGO-Gesetze entschieden. Trotz dieser Urteile hat sich Orbáns Aufgebot schädlicher Gesetze verstärkt. Im Jahr 2021 verabschiedete die Regierung ein Anti-LGBTQ+-Gesetz, 2022 hielt sie ein nationales Referendum zur Unterstützung eines Gesetzes ab, das die „Darstellung und Förderung von Homosexualität und Geschlechtsumwandlung“ in Schulen und Medien verbietet. Im Dezember 2023 verabschiedete die Regierung ein Gesetz zur Verteidigung der Souveränität. Unter diesem Deckmantel erweitert das neue Gesetz die Befugnisse der Regierung, Organisationen und Bürger:innen zu bestrafen, die beschuldigt werden, ausländischen Interessen zu dienen, ohne dass eine gerichtliche Kontrolle stattfindet. [...] „Das neue

Gesetz kann für alles Mögliche verwendet werden, also nicht nur gegen NGOs, sondern auch gegen Privatpersonen“, sagt Stefánia Kapronczay, Direktorin der Hungarian Civil Liberties Union (HCLU). [...]

„In der gesamten Gesellschaft herrscht Angst vor Vergeltungsmaßnahmen. Selbstzensur ist ein Thema, nicht nur für Menschenrechtsaktivist:innen, sondern auch für Künstler:innen, Akademiker:innen und andere. In den letzten Jahren hat ein Mentalitätswandel stattgefunden, bei dem die Menschen zunehmend über mögliche Folgen für sie und ihre Arbeit nachdenken“, sagt Dávid Vig, Direktor bei Amnesty International Ungarn. Auch wenn die einzige wahrscheinliche Folge der Nichteinhaltung der neuen Gesetze die Erwähnung des/der mutmaßlichen Täters/Täterin in einem Regierungsbericht sein wird, gibt es keine Rechtsmittel, um einen Regierungsbericht anzufechten, der den Ruf einer Organisation schädigen könnte. „Das Gesetz zielt darauf ab, die Bürger:innen durch seine Unbestimmtheit, sein Propagandapotenzial und die Tatsache, dass das Amt Informationen vom Nachrichtendienst NIK [Nationales Informationszentrum] erhält, einzuschüchtern. Deshalb musste unsere Organisation bereits enorme Anstrengungen unternehmen, um Kolleg:innen aus der Zivilgesellschaft mit unserem Fachwissen zu unterstützen“, sagt die Menschenrechtsanwältin Márta Pardavi, Ko-Vorsitzende des Ungarischen Helsinki Komitees. [...]

Mächtige Propagandamaschine

Der Schlüssel zum Angriff der ungarischen Regierung auf die Zivilgesellschaft ist ihre mächtige Propagandamaschine. Nach Berichten unabhängiger investigativer Medien in Ungarn hat die Fidesz-Regierung seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2010 Hunderte Millionen Euro in Propaganda- und Verleumdungskampagnen investiert.

Fidesz kontrolliert den größten Teil der ungarischen Medienlandschaft, was es unabhängigen Medien sehr schwer macht, zu überleben und der Regierungspropaganda entgegenzuwirken. Orbánistische Denkfabriken haben außerdem Propaganda-Initiativen wie „Megafon“ ins Leben gerufen, das regierungsfreundliche Influencer:innen in den sozialen Medien finanziert. Die staatliche Propagandamaschine überschwemmt Online-Räume mit regierungsfreundlichen Botschaften, die sich gegen Organisationen und einzelne Menschenrechtsverteidiger:innen richten. Diese betonten, dass Orbáns fester Griff auf die Medien es extrem schwierig macht, die Anti-NGO-Narrative der Regierung in Frage zu stellen. Menschenrechtsverteidiger:innen geraten immer wieder ins Visier von Verleumdungskampagnen und werden beschuldigt, ausländische Agent:innen zu sein. Die Flut von Online-Angriffen wird zunehmend normalisiert, aber der psychische Tribut für Menschenrechtsverteidiger:innen ist erheblich. „Die Bedrohungen, denen wir ausgesetzt sind, kommen fast ausschließlich aus dem Internet. Um für diese Arbeit einzustehen, kann man sich an Online-Angriffe gewöhnen, aber man muss sich auch daran gewöhnen“, sagt Kapronczay.

Antisemitismus spielt in der Propaganda der Regierung und bei den Angriffen auf die Zivilgesellschaft eine große Rolle. Eine der beliebtesten Zielscheiben der antisemitischen Verschwörungstheorien der Regierung ist George Soros, der ungarisch-amerikanische jüdische Philanthrop. Soros wird seit Jahren von der Fidesz-Regierung wegen seiner Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen dämonisiert. Im Jahr 2017 beschuldigte die Fidesz-Regierung Soros, das Land mit Migrant:innen zu überschwemmen, was sie als muslimische Invasion bezeichnete, und heute konzentriert sie sich weiterhin

auf die imaginäre Bedrohung, die er für das Land darstellt. Die Fidesz-Regierung behauptet, eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Antisemitismus zu verfolgen, aber ihre Anti-Soros-Rhetorik ist hochgradig antisemitisch und schürt auch antisemitische Stimmungen. Menschenrechtsverteidiger:innen werden häufig beschuldigt, Soros-Agent:innen zu sein, und einige erklärten, dass die Angriffe, denen sie online ausgesetzt sind, antisemitische Sprache und Bilder enthalten. Menschenrechtsverteidiger:innen berichteten auch von Fällen, in denen staatlich geförderte Medien und regierungsnahe Meinungsmacher:innen unangemeldet in ihren Büros auftauchten, Videos und Fotos von ihnen machten und dabei schikanöse Fragen stellten wie „Warum begehen Sie Hochverrat?“ oder „Warum bedrohen Sie unsere nationale Souveränität?“. Diese Fotos und Aufnahmen werden für Anti-NGO-Clickbaits und Online-Schmierkampagnen gegen Mitglieder der Zivilgesellschaft verwendet. „Das Phänomen der Online-Angriffe ist eine Folge der Narrative und der Hasspropaganda der ungarischen Regierung“, sagt Bulcsú Hunyadi, Leiter des Programms für Radikalisierung und Extremismus am Political Capital Institute in Budapest.

Kampf gegen Facebook

Menschenrechtsaktivist:innen haben es nicht nur mit einer Propagandamaschine der Regierung zu tun, sondern werden auch von der beliebtesten Social-Media-Plattform des Landes herausgefordert: Facebook (jetzt offiziell Meta). In Ungarn gibt es über 7 Millionen Facebook-Nutzer:innen (bei 9,6 Millionen Einwohner:innen). In den letzten Jahren haben die Änderungen der Facebook-Richtlinien und des Algorithmus die Arbeit der NGOs in Ungarn noch schwieriger gemacht. „Wir kämpfen mit der Regierung, aber wir kämpfen auch mit Facebook [...]“, sagt Áron Demeter



von Amnesty International Ungarn. „Wir fühlen uns von Facebook blockiert, da der Algorithmus im letzten Jahr geändert wurde und wir 70% Rückgang der Sichtbarkeit unserer Arbeit feststellen mussten. Facebook ist kein Freund von Medien wie uns“, sagt der Verlagsredakteur von Debreciner, einer unabhängigen Medienorganisation. Trotz der Bemühungen, Belästigungen und Online-Attacken an Facebook zu melden, unternimmt Meta keine nennenswerten Schritte.

Täuschung und Überwachung

Die Täuschung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch regierungsnahe Akteur:innen ist ein weiteres wichtiges Anliegen von Menschenrechtsverteidiger:innen. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2018 unterstützte der private Nachrichtendienst Black Cube eine Kampagne zur Diskreditierung von NGOs. Black Cube veröffentlichte Aufnahmen von gefälschten Interviews und inszenierte eine Videokampagne, in der die Aussagen der NGO-Mitarbeiter:innen aus dem Zusammenhang gerissen wurden. Premierminister Orbán nutzte diese Clips, um die Zivilgesellschaft im Vorfeld der Wahlen 2018 anzugreifen, die er dann mit einem Erdrutschsieg gewann. Außerdem ermöglicht das neue Büro, das mit dem Gesetz zur Verteidigung der Souveränität eingerichtet wurde, die willkürliche Überwachung von Menschenrechtsverteidiger:innen. „Das Eindringen in die Privatsphäre ist sehr schädlich. Wir müssen davon ausgehen, dass sie alle unsere Bankkonten überwachen“, sagt ein erfahrener Menschenrechtsanwalt.

Sicherer Raum für Rechtsradikale

Die nationalistische Rhetorik Orbáns hat die rechtsextreme Ideologie normalisiert und extremistische Gruppen in ganz Ungarn ermutigt. „Ungarn ist ein Paradebeispiel für das Mainstreaming der Rechtsex-

tremen auf den höchsten Ebenen der politischen Institutionen. Das Hauptproblem ist der fehlende politische Wille, diese Narrative und extremistischen Organisationen zu bekämpfen“, sagt Bulcsú Hunyadi. Die heute von der Fidesz verfolgte Politik, wie das Verbot von Büchern, in denen LGBTQ+-Gemeinschaften positiv dargestellt werden, drakonische Abtreibungsgesetze und die Manipulation von Wahlregeln zugunsten der aktuellen Regierung, geht auf rechtsradikale Politiker:innen in rechtsextremen Parteien wie Jobbik und „Mi Hazánk Mozgalom“ (Unsere Heimatbewegung, MH) zurück, einer Partei, die 2020 von ehemaligen Jobbik-Politikern gegründet wurde. Die Fidesz-Regierung distanziert sich zwar offiziell von rechtsextremen Gruppen, aber ihre Unterstützung rechtsextremer Überzeugungen hat Ungarn zu einem sicheren Ort für Neonazis gemacht. „Ungarn ist zu einem sehr beliebten Ziel für diese rechtsextremen Gruppen geworden“, sagt Flora Garamvolgyi, eine Enthüllungsjournalistin, die über die Verbindungen zwischen den rechtsextremen Gruppen in den USA und Europa berichtet. [...]

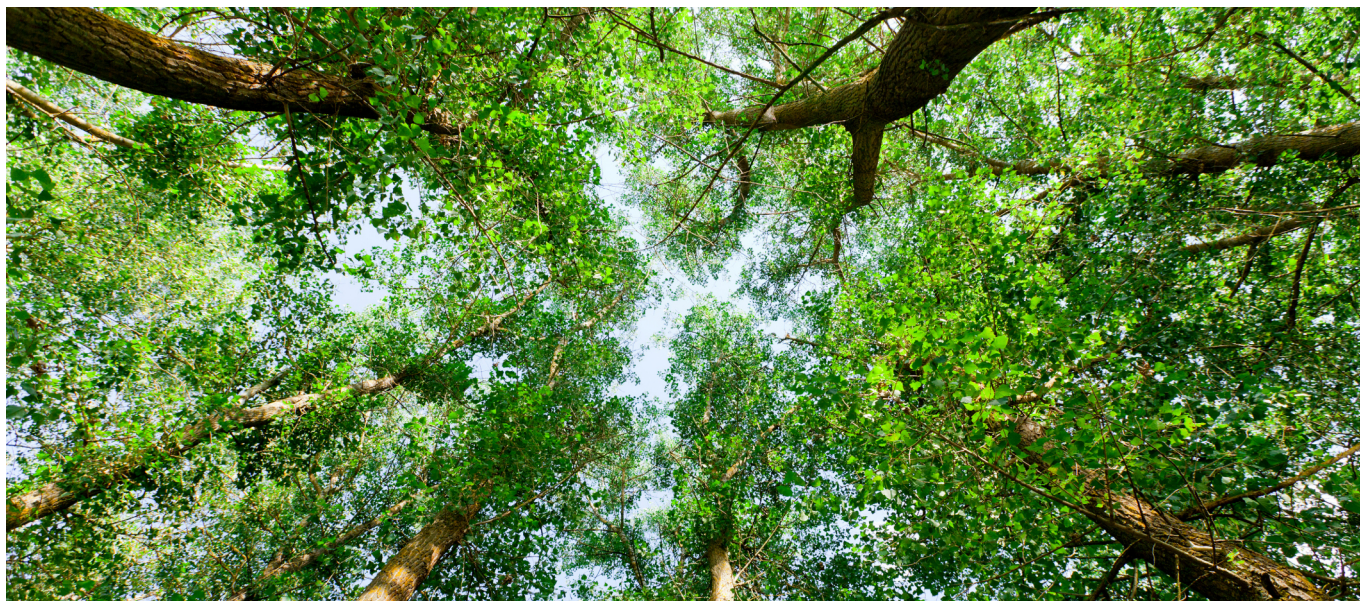
Das Hauptziel der Rechtsextremen in Ungarn ist seit jeher die größte Minderheitengruppe des Landes, die Roma-Gemeinschaften. In Ungarn gibt es 700 000 Roma. Die ungarischen Roma sind mit weit verbreiteter Armut, Diskriminierung und Segregation in den Bereichen Wohnen, Beschäftigung und Bildung konfrontiert. Die rechtsextreme Gewalt gegen die Roma erreichte 2008 und 2009 einen Höhepunkt, als bei einer Reihe von Anschlägen sechs Roma, darunter ein vierjähriges Kind, getötet und Dutzende weitere verletzt wurden. Diese Angriffe zwangen die Regierung, für Ordnung zu sorgen und die Gewalt der rechtsextremen Gruppen zu kontrollieren. Infolgedessen haben die extremistischen Gruppen in Ungarn ihre Taktik geändert. „An-

statt als Paramilitärs Gewalttaten zu begehen, konzentrieren sich die Rechtsextremisten jetzt auf Patrouillen in den Roma-Gemeinschaften“, sagt Szabolcs Hegyi, ein leitender Experte des Programms für politische Freiheiten an der HCLU. „Das Problem besteht aus zwei Teilen: Einerseits aus den Patrouillen in den Roma-Gemeinschaften und andererseits aus der mangelnden polizeilichen Verfolgung dieses Themas.“ In einem Land, in dem die Roma-Gemeinschaften mit zügellosem Rassismus und Diskriminierung konfrontiert sind, können Rechtsextremisten diese Gemeinschaften einschüchtern, ohne dass die Polizei eingreifen muss. Das Mainstreaming der Rechtsextremen durch die Orbán-Regierung hat auch kostspielige Folgen für Ungarns LGBTQ+- und Migrantengemeinschaften. Pride-Veranstaltungen sind beliebte Ziele für rechtsextreme Gruppen, und extremistische Gruppen stören häufig LGBTQ+-Veranstaltungen und schüchtern die Teilnehmer:innen ein. Ein Menschenrechtsverteidiger beschrieb ein LGBTQ+-Schulungsprogramm für Lehrer:innen, bei dem Rechtsextremist:innen sie angriffen, um sie einzuschüchtern. Bei der Vorführung eines LGBTQ+-Films, die von Amnesty International veranstaltet wurde, zogen Rechtsextremist:innen den Stromstecker, um die Vorführung zu verhindern. Mit einer Regierungspartei, deren Werte mit vielen Elementen der extremen Rechten übereinstimmen, steht es Extremist:innen frei, Minderheitengemeinschaften zu belästigen und einzuschüchtern, ohne dass es zu Konsequenzen kommt.

Übersetzung: Lucia Hämmerle

Die ungekürzte, englische Version dieses Berichts erschien im Mai 2024 unter: https://humanrightsfirst.org/wp-content/uploads/2024/05/Hungary-report_May.10.2024.pdf





Rechtes Klima

Von Christoph Streissler

Immer mehr Wähler:innen in Österreich, in der EU und weltweit geben ihre Stimme rechten Parteien. Was bedeutet das für die Ziele der Klimapolitik und für das europäische Projekt des Grünen Deal?

Viele Menschen in Europa blicken fassungslos auf die weltpolitischen Entwicklungen der letzten Tage und Wochen. Die USA sind dabei, der Ukraine ihre bisherige militärische Hilfe zu entziehen. Das schwächt deren Fähigkeit zum Widerstand gegen den kriegesischen Überfall durch Russland deutlich. Damit kann auch Europa nicht mehr auf die Unterstützung der USA zählen. Daher steht nun Aufrüstung ganz oben auf der Tagesordnung.

Unmittelbarer Auslöser dieser Entwicklung ist die Änderung der Haltung der USA seit dem Antritt von Donald Trump als Präsident. Aber das ist keine plötzliche Entwicklung. Die auf Frieden und internationale Kooperation ausgerichtete Politik ist schon seit längerem in der Defensive – man denke nur an Russland unter Putin, an Brasilien unter Bolsonaro oder an Ungarn unter Orban. Die Leitfiguren dieser Politik

sind Männer, die durch das Zerschlagen bestehender Strukturen ihre Macht zur Schau stellen, diese damit gleichzeitig festigen, die das „Recht des Stärkeren“ vertreten und die die Zugehörigkeit zum herrschenden Volk oder zur Rasse als entscheidendes Kriterium dafür sehen, ob Menschen die Bürger:innenrechte zukommen sollen.

Das sind Merkmale einer rechten Politik, wie sie auch in vielen europäischen Staaten immer mehr Zulauf bekommt. Diese Parteien stellen das Trennende über das Gemeinsame. Ihr Verhältnis zum Staat ist ambivalent: er wird dort in Misskredit gebracht und zerstört, wo er – etwa als Sozialstaat – für den Schutz der Schwächeren da ist. Wo er hingegen Sicherheit und Ordnung garantiert, wird er gestärkt. Die Lippenbekenntnisse gelten dem „Volk“, die tatsächliche Politik aber den reichen Eliten.

Dieser letzte Punkt ist der Grund, warum viele Unternehmen und ihre Lobbyorganisationen die rechte Politik unterstützen, sowohl ideologisch als auch finanziell. Sie erwarten, dass rechtliche Schranken für ihre Profitmaximierung abgebaut werden und dass sie die verbleibenden Mittel des Staates in ihre Kassen umlenken können. Die gebetsmühlenartig wiederholte Forderung nach Deregulierung ist ein Beispiel für die diskursive Vorherrschaft der Rechten bei den Begriffen. Denn sie lässt erfolgreich vergessen, dass die Regulierungen, die sie im Visier haben, ursprünglich zum Schutz Schwächerer eingeführt wurden.

Diese politische Rechtswende findet nicht nur dort statt, wo unzweifelhaft rechte Parteien an die Macht kommen. Weil auch andere, vor allem konservative oder liberale Parteien um Wähler:innen rechts der Mitte werben, übernehmen auch sie



zusehends einige dieser rechten Positionen.

Es scheint angesichts der wachsenden Gefahr einer Eskalation des Krieges fast lächerlich, sich darüber Gedanken zu machen, wie dieser Kurswechsel nach rechts sich auf die Zukunft der Klima- und Energiepolitik auswirkt. Aber auch wenn die Kriegsgefahr eine viel unmittelbare Bedrohung darstellt, so verschwindet die Klimakrise ja nicht. Dass laufend neue Hitze- oder Trockenheitsrekorde aufgestellt werden, zeigt, dass auch aus diesem Grund die sichere Lebensmittelversorgung, die Energieversorgung, die Wasserversorgung etc in Gefahr sind.

Der Grüne Deal der letzten EU-Kommission war ein von Optimismus getragenes Projekt, das für die EU eine weltweite Führungsrolle bei grünen Technologien sah. Doch die Nachwehen der Covid-Pandemie, die Energiepreiskrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und die folgende Rezession ließen Zweifel daran aufkommen, ob das Projekt eines grünen Kapitalismus tragfähig ist. Dieser Zweifel äußerte sich auch deutlich in den Ergebnissen der Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2024. Rechte Parteien, die sich gegen die ambitionierte Klimapolitik und den Green Deal stellen, konnten deutliche Stimmengewinne verzeichnen.

Auch die Reaktion der USA auf die Krise färbte auf die EU ab. Schon während der Präsidentschaft Joe Bidens wurde mit dem „Inflation Reduction Act“ (IRA – Gesetz zur Inflationsbekämpfung) eine protektionistische Politik verfolgt, bei der es staatliche Subventionen bzw. Steuergeschenke für die Unternehmen gab, die in den USA produzieren. In der Folge ging auch die EU-Kommission von ihrer strengen Haltung gegenüber staatlichen Beihilfen ab und erlaubte umfangreiche Subventionsprogramme der Staaten für die europäischen Unternehmen –

Programme, die vor allem den Unternehmen zugute kamen.

Doch die Wirtschaft erholte sich nicht. Daher beauftragte die EU-Kommission den früheren Chef der Europäischen Zentralbank und kurzzeitigen italienischen Ministerpräsidenten, Mario Draghi, Empfehlungen zu erarbeiten, wie die Situation verbessert werden könnte. Die Hauptbotschaft von Draghis Bericht lautet, dass viel mehr Investitionen nötig seien, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Produktivität in der EU wieder zu steigern.

Der Draghi-Bericht war einer der Pfeiler des politischen Programms, das Ursula von der Leyen letztes Jahr dem Europäischen Parlament präsentierte, um als Kommissionspräsidentin wiedergewählt zu werden. Die schlechte wirtschaftliche Situation der EU und das gleichzeitige Erstarken der rechten Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament prägten ihr Programm, das viele Zugeständnisse an die Rechte enthält. Visionen einer Weiterentwicklung der Gesellschaft treten in den Hintergrund, Solidarität und Gerechtigkeit verlieren als politische Ziele Bedeutung. Stattdessen wird die Politik zusehends an den Interessen der Besitzenden (Industrieunternehmen, Eliten) ausgerichtet.

Konkret lässt sich dies an zwei Gesetzen zeigen, bei denen die neue Kommission gegenüber früher eine Kehrtwendung vornimmt: dem Lieferkettengesetz und der Nachhaltigkeitsberichterstattung. Als vor zwei Jahren das EU-Lieferkettengesetz beschlossen wurde, galt es als Meilenstein einer weltweiten Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer:innen und des Umweltschutzes. Die EU stand damit international gegen Zwangsarbeit, Rodung von Urwäldern und Umweltzerstörung auf. Doch nun wird es als Belastung für die Wirtschaft bezeichnet, und die neue Kommission übernimmt diese Behauptung der Unternehmerv-

bände. Nach dem Vorschlag vom Februar soll das Gesetz fast ersatzlos gestrichen werden. Die Entscheidung, die vorgeschriebene Sorgfaltspflicht der Unternehmen zu verwässern, ist Ausdruck eines regulatorischen Rückzugs, der sowohl moralisch als auch wirtschaftlich kurzsichtig ist, so das Center for European Policy Studies (CEPS).

Ähnlich verhält es sich mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Social Responsibility Directive – CSRD). Dieses Gesetz verpflichtet Unternehmen, über ihre sozialen und ökologischen Ziele und Vorhaben zu berichten und auch ihr unternehmerisches Handeln an diesen auszurichten. Damit sollen Investor:innen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Verbraucher:innen in die Lage versetzt werden, die Nachhaltigkeitsleistung von Unternehmen zu bewerten. Doch statt diese weiter auszubauen, werden die Anforderungen an Unternehmen nun als bürokratische Belastungen verunglimpft, die ihre Wettbewerbsfähigkeit schmälern. Damit begründet die neue Kommission, weshalb sie den Anwendungsbereich dieser Richtlinie drastisch einschränken will, sodass nur mehr sehr große Unternehmen darunter fallen.

Diese zwei Beispiele lassen auch in der Klimapolitik nichts Gutes erwarten. Denn Unternehmervverbände stellen die Anforderungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen immer lauter in Frage. Noch sind keine konkreten Vorschläge zur Änderung des EU-Klimagesetzes in Sicht, das die Reduktionsziele bis 2040 festschreiben soll. Doch es muss genau beobachtet werden, ob die bisherige ambitionierte Zielsetzung der EU auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert wird.

Auf der Ebene der Mitgliedsstaaten kann dieser Schwenk nach rechts noch viel deutlicher und rascher erfolgen. Fast hätten sich Anfang des



Jahres FPÖ und ÖVP auf eine Regierung geeinigt. Das Programm, das diese beiden Parteien weitgehend ausgearbeitet hatten, enthielt in vielen Bereichen gravierende Verschlechterungen für die Arbeitnehmer:innen, etwa bei Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit oder Gleichstellungspolitik. Einige der Vorschläge standen in offenem Widerspruch zur Verfassung oder zu Grundrechten. In der Wirtschaftspolitik war der Entwurf primär an den Wünschen der Unternehmen ausgerichtet. So ist etwa die angekündigte Senkung der Lohnnebenkosten eine Entlastung der Arbeitgeber:innen. Ihre

Folge ist eine Schwächung des Sozialstaates und damit ein Nachteil für die Arbeitnehmer:innen. Denn der Staat kann dann weniger Geld für Bildung, Gesundheit, Pensionen etc. ausgeben.

Ein weiteres Beispiel: Sowohl auf der Ebene der EU als auch in Österreich wird regelmäßig der bürokratische Aufwand von Genehmigungsverfahren beklagt. Es wird so getan, als seien sie nur dazu erfunden worden, den freien Unternehmensegeist zu fesseln. Damit wird davon abgelenkt, dass die Verfahren dazu dienen, unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu brin-

gen. Denn neben dem Interesse, eine Straße oder ein Windrad zu errichten, gibt es ja auch andere, etwa die Landwirtschaft, den Naturschutz, den Schutz des Grundwassers um nur ein paar zu nennen. Wenn Verfahrensbeschleunigung darin besteht, dass die Parteienrechte eingeschränkt werden, so besteht die Gefahr, dass diese anderen Interessen unter die Räder kommen.

Es versteht sich, dass es sich bei diesem Abbau von Standards nicht um unbeabsichtigte Irrtümer handelt. Vielmehr zeigt sich darin eine Verschiebung weg von einer Politik der Kooperation und des Interessenausgleichs hin zu einer Politik der Isolation, der internationalen Konkurrenz und des zunehmenden Rechts des Stärkeren. Im Widerspruch zu ihren Lippenbekenntnissen machen die Rechten eine Politik für die Wenigen, für die Reichen, für die Eliten. Dem gilt es entgegenzutreten, wenn der soziale und ökologische Umbau hin zu einer gerechten Gesellschaft gelingen soll.

Dieser Beitrag ist eine leicht gekürzte Fassung eines Textes, der in der AK-Zeitschrift „Wirtschaft und Umwelt“ (2/2025) erschien.

Christoph Streissler arbeitet in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien unter anderem zum Thema der gerechten Gestaltung von Klimapolitik in Österreich und in der EU.





Mauer bei Bethlehem

Zunehmende Gewalt und existenzielle Bedrohung

Gespräch mit Dr. Mustafa Barghouti

Dr. Mustafa Barghouti ist ein palästinensischer Arzt, Menschenrechtsverteidiger und Generalsekretär der Palästinensischen Nationalen Initiative. Er ist eine führende Stimme, wenn es darum geht, die Realitäten der Besatzung aufzuzeigen und internationale Solidarität zu mobilisieren. Die Initiative "Welt jenseits des Krieges" lud ihn am 24. Februar 2025 zu einem ZOOM-Gespräch ein.⁽¹⁾

Können Sie uns etwas über Ihre Situation und die Situation des palästinensischen Volkes erzählen?

Ich habe das Gefühl, dass wir jahrelang von vielen Kräften im Westen betrogen wurden, die uns erklärten, wie wichtig die Themen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind und dass die Menschenrechte und das internationale Recht respektiert werden sollten. Wenn es um Gaza, um das Westjordanland und Palästina im Allgemeinen geht, haben sich all diese Grundsätze völlig in Luft aufgelöst. Kein einziges westliches Land hatte den Mut, eine Sanktion gegen Israel zu verhängen, nachdem es drei schreckliche Kriegsverbrechen begangen hat: das Kriegsverbrechen des Völkermords am palästinensischen Volk, das Kriegsverbrechen der ethnischen Säuberung und das Kriegsverbrechen der kollektiven Bestrafung einschließlich des Verhungerns von 2 Millionen Menschen. Es wurden keine Strafen verhängt, und wenn man das mit dem Verhalten gegenüber Russland vergleicht, das binnen eines Monats nach Ausbruch des Kriegs in der Ukraine mit zahlreichen Sanktionen belegt wurde, sieht man eine Doppelmoral, einen Mangel an Respekt vor dem Völkerrecht, der sehr bezeichnend für die Situation ist, in der wir leben.

Bis jetzt hat Israel fast 990.000 Tonnen Sprengstoff auf den Gazastreifen geworfen, das sind etwa 37 Kilogramm Sprengstoff für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in Gaza. Sie haben mehr als 50-55.000 Menschen

getötet, darunter mehr als 17.000 Kinder und Tausende Frauen. Sie haben 102.000 Menschen verletzt, 10 % der Bevölkerung Gazas sind bereits verstümmelt, verletzt, getötet oder inhaftiert.

Leider waren wir nicht nur militärischen Angriffen mit Bomben und Luftangriffen ausgesetzt, die sich hauptsächlich gegen die Zivilbevölkerung richteten. Neben der üblichen Kriegsführung führte Israel auch implizit eine chemische Kriegsführung durch, da viele dieser Sprengstoffe giftiges Material im Boden des Gazastreifens hinterlassen haben, darunter auch abgereichertes Uran. Es gab auch eine Art biologische Kriegsführung durch die Zerstörung der Infrastruktur, einschließlich der Zerstörung der Versorgung mit sauberem Wasser, der Abwassersysteme und der Stromleitungen. Die Menschen haben seit 15 Monaten keinen Strom mehr. Sie haben keine Energiequellen. Das verursacht auch viele Krankheiten, darunter mindestens 110.000 Fälle von infektiöser Hepatitis und mehrere Fälle von Poliomyelitis, die schon vor langer Zeit ausgerottet worden waren.

Und dann tritt ein amerikanischer Präsident Trump auf und erklärt, dass er die ethnische Säuberung aller Palästinenser:innen aus dem Gazastreifen und die Angliederung des Westjordanlandes an Israel unterstützt - weitere Kriegsverbrechen. Ohne jegliche Scham hat er öffentlich erklärt, dass er das Land Gaza von seiner Bevölkerung übernehmen will, ein Akt des Diebstahls am

(1) <https://worldbeyondwar.org/video-mustafa-barghouti-rising-violence-and-the-existential-threat-to-palestinians>

palästinensischen Volk - mit welchem Recht geschieht das alles? Meiner Meinung nach stehen wir vor einem sehr gefährlichen Moment. Wir, die Palästinenser:innen, sind diejenigen, die momentan am meisten gefährdet sind, aber in Wirklichkeit stellt diese Situation eine große Gefahr für die ganze Welt und jede Gemeinschaft in der Welt dar, denn wenn der Faschismus irgendwo beginnt, wird er dort nicht enden.

Was mich beunruhigt ist, dass eine faschistische Partei in Schweden eine große Anzahl von Stimmen gewinnt, dass eine faschistische Partei in Deutschland fast 20 % der Stimmen erhält, der Aufstieg des Faschismus in Ungarn, der Aufstieg faschistischer Ideen in der Trump-Regierung. Natürlich mache ich mir Sorgen, weil ich denke, dass dies der Beginn einer sehr gefährlichen Situation in der ganzen Welt sein kann, und deshalb müssen sich alle „guten“ Menschen in der Welt zusammenschließen und sich gegen dieses Wachstum des Faschismus und dieses Wachstum des aggressiven Verhaltens wehren, das schließlich jede:n betreffen wird.

Ist der Trump-Vorschlag für die Zukunft des Gazastreifens eine Ablenkung vom Völkermord?

Ich glaube nicht, dass der Vorschlag eine Ablenkung ist. Es ist eine sehr ernste Angelegenheit. Ich denke, dass das grundlegende Ziel Netanjahus von Beginn dieses Krieges an darin bestand, die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens nach Ägypten, auf den Sinai, zu verlagern.

Er konnte das aus zwei Gründen nicht. Zunächst einmal machen die Ägypter:innen bei einem solchen Plan nicht mit, weil sie glauben, dass dies gefährliche Auswirkungen auf ihre nationale Sicherheit haben würde. Außerdem waren die Menschen standhaft und weigerten sich zu gehen. Viele sagten, sie würden eher sterben als zu gehen. Aber Netanjahu ist zurück bei diesem Plan. Ich glaube, die israelische Regierung und die amerikanische sprechen immer noch darüber.

Darüber hinaus muss ich sagen, dass die humanitäre Hilfe sowohl im Westjordanland als auch insbesondere im Gazastreifen sehr wichtig ist. Es gibt so viel, was dort passiert, aber mich schmerzt besonders, dass wir inzwischen mindestens 4.000 Menschen haben, hauptsächlich Kinder, die Amputationen erlitten haben und die sofortige medizinische Versorgung benötigen würden. Es gibt nicht genügend Einrichtungen, um sie zu versorgen.

Eine Geschichte hat mich sehr berührt. In einem Video spricht ein 5-Jähriger mit seinem Vater. Dieses Kind hat beide Hände verloren und fragt: „Werden meine Hände wieder nachwachsen, wenn ich groß bin?“ Der Vater war in Tränen aufgelöst und konnte kein Wort mehr sagen. Es sind solche Tragödien, mit denen wir konfrontiert sind.

Wir versuchen jetzt medizinische Hilfe zu leisten und etwa 25.000 Waisenkindern, die entweder eines oder beide Elternteile verloren haben, die medizinische Versorgung zu bieten, die sie brauchen. Sie brauchen auch eine Ausbildung. Es gibt große Probleme, aber die Menschen tun ihr Bestes und versuchen, sich gegenseitig so gut wie möglich zu unterstützen.

In der Vergangenheit gab es immer wieder internationale Begleitpersonen, z.B. durch das „Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel“, durch das Zivilpersonen eine Art Schutz boten. Ist das noch etwas, das man verfolgen sollte?

Ich denke, je mehr internationale Menschen nach Palästina kommen können, auch wenn das sehr schwierig ist, desto besser. Leider sind wir heute nicht mehr in der gleichen Situation wie während der zweiten Intifada, als Hunderte und Tausende Menschen nach Palästina kamen und durch ihre physische Anwesenheit wirklich Hilfe leisteten. Heute beschränkt Israel stark, wer einreisen darf. Ich glaube aber, dass es viele Menschen gibt, von denen die Israelis nicht wissen, dass sie solidarische Aktivist:innen sind. Je mehr dieser Menschen kommen können, desto besser. Es wäre besonders gut, wenn es sich um Menschen mit bestimmten Berufen handelt, wie z.B. aus dem Bereich der Medizin, damit sie in Gaza und im Westjordanland helfen können.

Dr. Barghouti, Sie haben unter großer Gefahr für sich selbst an der nationalen Einheitsinitiative mitgewirkt. Können Sie uns etwas darüber erzählen?

Ich sehe die innere Einheit Palästinas für alle Palästinenser:innen von entscheidender Bedeutung. Darum haben wir nie aufgehört daran zu arbeiten und sie zu verlangen. Unsere letzte Errungenschaft war ein Treffen in Peking, an dem 14 palästinensische Gruppen und Parteien - also praktisch alle Parteien - teilgenommen haben. Wir einigten uns auf die Bildung einer nationalen Konsensregierung, die sowohl im Westjordanland als auch im Gazastreifen die Regierung stellen könnte. Leider hat die Palästinensische Autonomiebehörde diese Vereinbarung bis heute nicht umgesetzt. Der Grund dafür ist wahrscheinlich, dass einige Leute in der Palästinensischen Autonomiebehörde denken, sie können ihre Chancen bei Trump verbessern, wenn sie eine Einigung vermeiden. Das ist Unsinn. Es ist klar, dass Trump keinen Respekt vor schwachen Menschen hat, und wir wären viel stärker, wenn wir uns einig sind.

Auch der Wiederaufbau des Gazastreifens ist eine große Frage. Es geht um 50 Millionen Tonnen Schutt, die beseitigt werden müssen. Es wird eine riesige Menge an Unterstützung benötigt werden. Wir sprechen von 40 bis 50 Milliarden Dollar für den vollständigen Wiederaufbau. Jedoch, wenn wir erstens von der israelischen Be-



satzung befreit wären - ohne den Abzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen können wir keinen ernsthaften Wiederaufbauprozess beginnen - und zweitens Zugang zum Marinier-Gasfeld hätten, das innerhalb der Grenzen des Gazastreifens liegt, d.h. wenn wir unsere natürlichen Ressourcen frei nutzen könnten, dann könnten wir allein aus diesem Gasfeld nicht weniger als 56 Milliarden einnehmen. Das Problem ist aber, dass Israel uns in den letzten 20 Jahren, seit dieses Feld entdeckt wurde, daran gehindert hat es zu nutzen. Es gibt Informationen, dass sie selbst unter dem Meer graben, um das Gas herauszuholen. Ich glaube, dass dieses Gasfeld einer der Gründe war, warum Trump von der Übernahme des Gazastreifens sprach.

Einige Ihrer eigenen Verwandten und Sie selbst waren im Gefängnis. Im Gegensatz zu den Berichten über die freigelassenen israelischen Geiseln gibt es keine Mainstream-Berichterstattung oder Anerkennung der schrecklichen Behandlung palästinensischer Gefangener.

Seit Beginn der Besatzung im Jahr 1967 wurde eine Million Palästinenser:innen verhaftet, unvorstellbare 40% aller erwachsenen Männer waren inhaftiert. Heute befinden sich Tausende in israelischen Gefängnissen und sind schrecklichen Folterungen ausgesetzt. Seit dem 7. Oktober hat sich die Lage der Gefangenen rapide verschlechtert. Die Menschen werden gefoltert und verhungerten. Die Gefangenen, die aus dem Gefängnis kamen, hatten manchmal 20, 30, 40 Kilogramm abgenommen. Sie waren immer in einem sehr schlechten Gesundheitszustand.

Ich habe einige getroffen, die kürzlich freigelassen wurden, und sie haben mir erzählt, dass die israelische Armee sie routinemäßig schlägt und foltert. Seit dem 7. Oktober haben wir bereits 58 Palästinenser verloren, die entweder durch Folter oder durch schlechte oder fehlende medizinische Behandlung getötet wurden. Wir wissen nicht, wie viele palästinensische Gefangene aus dem Gazastreifen getötet wurden, aber wir haben Berichte über eine Hinrichtung vor Ort. Es befinden sich beim Gefängnis „Sde Teiman“ mindestens 1.500 Leichen von Palästinenser:innen aus dem Gazastreifen, was bedeutet, dass sie auch nach ihrer Verhaftung ermordet worden sein könnten. Schockierend ist außerdem die Tatsache, dass Israel neben den palästinensischen Gefangenen auch Leichen von Menschen zurückhält, die von der israelischen Armee getötet wurden oder im Gefängnis gestorben sind, darunter 59 Kinder.

Ein konkreter Fall, der etwas bekannter ist, ist Khalida Jarrar, eine Kollegin von mir, die als Mitglied des palästinensischen Parlaments gewählt wurde, eine Frau in den 60ern, die ohne Anklage in so genannte Verwaltungshaft genommen wurde, wie 3.500 andere palästi-

nensische Gefangene, die ohne Anklage inhaftiert sind. Sie wissen nicht, warum sie im Gefängnis sind. Ihre Anwälte wissen nicht, warum sie im Gefängnis sind. Khalida Jarrar war 18 Monate lang in Verwaltungshaft und die letzten 6 Monate wurde sie in Einzelhaft gehalten. Sie war allein in einer sehr kleinen Zelle und sie schlossen alle Gänge, Fenster, alles. Sie erzählte mir, dass sie das Gefühl hatte zu ersticken, weil sie eine schwere Krankheit, ein Problem mit ihrem Immunsystem, hat. Um Luft zu bekommen, musste sie sich manchmal auf den Boden legen und versuchen, ein Loch unter der Tür ihrer Zelle zu finden, um zu atmen. Dies ist die Art von Behandlung, der palästinensische Gefangene ausgesetzt sind.

Was sollten wir unseren Regierungen sagen?

Ich denke, die große Frage, die an jedes Mitglied eurer Regierungen, an jede:n Parlamentarier:in gerichtet werden sollte, ist: Akzeptieren Sie die Palästinenser:innen als gleichberechtigte Menschen? Gleichberechtigt mit den Juden und Jüdinnen, den Israelis und allen anderen Menschen, oder nicht? Wenn sie uns nicht als gleichberechtigte Menschen akzeptieren, dann gibt es nichts weiter zu besprechen.

Wie kann eine politische Lösung aussehen?

Vor zwei Jahren habe ich einen Artikel im Guardian veröffentlicht, in dem ich sagte, dass Israel bereits die Zweistaatenlösung zerstört hat und die einzige Alternative ein einziger demokratischer Staat mit gleichen Rechten und gleichen Chancen für alle ist. Ich glaube das immer noch, aber ich möchte keine Zeit damit verschwenden darüber zu streiten. Offensichtlich hat Israel die Zweistaatenlösung erledigt. Aber jenen Ländern, die dennoch von der Zweistaatenlösung sprechen, sage ich: "Gerne, bitte bringt uns die Zweistaatenlösung, aber ihr könnt nicht sagen, dass ihr diese Lösung unterstützt, wenn ihr nicht auch sagt, dass die Besatzung vollständig beendet werden muss und alle illegalen israelischen Siedlungen im Westjordanland geräumt werden sollen. Wenn ihr Israel als Staat anerkennt und an eine Zweistaatenlösung glaubt, solltet ihr auch Palästina als Staat anerkennen - so wie es Spanien und Schweden, und kürzlich auch Norwegen, getan haben. Alles andere wäre Heuchelei.

Aber ob es nun ein Staat oder zwei Staaten sind, die wichtigste Frage ist die Freiheit. Wir Palästinenser:innen brauchen Freiheit: die Freiheit der Wahl, die Freiheit der demokratischen Beteiligung, die Freiheit der Selbstbestimmung.

Gekürzt und übersetzt von Lucia Hämmerle



Alles Gute zum Geburtstag, liebe Hildegard!

Von Pete Hämmerle

Am 22. Jänner 2025 feierte Hildegard Goss-Mayr, die Ehrenpräsidentin des Internationalen Versöhnungsbundes, ihren 95. Geburtstag mit einem Dankgottesdienst, gehalten vom Innsbrucker Bischof Hermann Glettler, im Kreis ihrer Familie und Freund:innen. In seiner Predigt würdigte Bischof Glettler das Lebenswerk der Friedenspionierin: „Durch Menschen wie Hildegard Goss-Mayr bleiben Liebe und Vergebung nicht nur leere Worte – sie werden zur konkreten und lebendigen Wirklichkeit. Sie hat ihr ganzes Leben in den Dienst des Friedens gestellt. (...) Es braucht entschlossenes Handeln, um neue Wege zu einem echten und dauerhaften Frieden zu finden. Alles beginnt mit der Bereitschaft, das Leid des anderen wahrzunehmen – nur eine Kultur der Sorge füreinander entzieht der Gewalt ihren Nährboden.“

In einem kurzen persönlichen Rückblick resümiert die Jubilarin, was sie zu ihrem jahrzehntelangen Engagement für Frieden und Gerechtigkeit durch die Kraft der aktiven Gewaltfreiheit inspiriert: „Die treibende Kraft war, dass ich als Kind Bombenangriffe erlebt und überlebt habe. Von der Zeit an war es mir sehr wichtig, dafür zu arbeiten, dass das nicht mehr passiert. Für die Überwindung von Unrecht ist Engagement nötig, das wir zu stärken versucht haben, damit das Leben in Liebe und Gerechtigkeit das letzte Wort behält. Wir dürfen immer darauf vertrauen, dass darin Gott durch uns spricht und uns das Licht und die Kraft gibt, dass wir das Richtige in der gegebenen Situation auch tun können. Ich habe immer wieder gesehen, dass viele Menschen passiv und unter Diktaturen von Angst erfüllt waren, aber wenn sie diese Kraft gespürt haben, ge-



*Bischof Glettler und Hildegard Goss-Mayr
bei der Feier zu ihrem 95. Geburtstag im Jänner 2025*

meinsam etwas zu tun, dann kann etwas Neues geschehen. Das ist wichtig, damit wir nicht verzweifelt und traurig werden, wenn wir einmal durch eine Periode gehen, wo uns alles schwarz vorkommt. Das Licht ist da und Gott ist in uns und im rechten Augenblick bekommen wir Kraft, das Richtige zu tun – und dafür dürfen wir froh und dankbar sein.“

Hildegard Mayr wurde 1930 als Tochter von Kaspar Mayr, Mitbegründer des Versöhnungsbundes in Österreich, in Wien geboren, studierte in Wien und in den USA Philosophie, Philologie und Geschichte und nahm 1953 ihre Friedensarbeit im Internationalen Versöhnungsbund auf, die sie ab 1958 mit ihrem Mann, dem französischen Friedensaktivisten Jean Goss, bis zu dessen Tod 1991 gemeinsam durchführte. Über die wichtigsten Stationen dieses Weges der Gewaltfreiheit, u.a. im Ost-West-Dialog, beim II. Vatikanischen Konzil, im Aufbau gewaltfreier Bewegun-

gen in Lateinamerika, den Philippinen und im frankophonen Afrika schreibt sie in ihrem autobiographischen Buch „Wie Feinde Freunde werden“ (1996). Sie wurde u.a. mit dem Bruno-Kreisky-Preis für Verdienste um die Menschenrechte und mit dem Niwano-Friedenspreis gewürdigt.

Liebe Hildegard!

Wir im Versöhnungsbund sind dankbar für das, was du uns zur Spiritualität und Praxis der aktiven Gewaltfreiheit vorgelebt und vermittelt hast! Wir werden uns weiterhin darum bemühen, diese Grundüberzeugung in Gemeinschaft lebendig zu halten und weiterzugeben. Danke und die besten Wünsche für deine Verbundenheit und deinen weiteren Lebensweg!

Hildegards Gedanken zu ihrem Friedensengagement und ihrer Motivation haben wir auf unserem Youtubekanal geteilt:
<https://youtu.be/-iAzJM07W2o>



Aus unserer Leseliste



Werner Wintersteiner (Hg.): „Mehr Sicherheit ohne Waffen“. Zur Aktualität von Hans Thirrings Friedensplan. Promedia Verlag, Wien 2025; ISBN 978-3-85371-547-5, EUR 24,00

Im Jahr 1963 veröffentlichte der Wiener Physiker, Friedensaktivist und Abgeordnete zum Bundesrat Hans Thirring seine Denkschrift für eine allgemeine und vollständige Abrüstung, zu der das neutrale Österreich durch den Verzicht auf jegliche militärische Verteidigung einen Anstoß geben könnte, gewissermaßen als „Testobjekt der Möglichkeit friedlicher Koexistenz“. Der Plan ist als 1. Teil des Buches im Original abgedruckt und wird im Anschluss vom Herausgeber, Werner Wintersteiner (Friedenspädagoge und Gründer des Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung an der AAU Klagenfurt), in seiner Entstehung, Rezeption und mit Blick auf seine heutige Relevanz kommentiert.

In Teil 2 folgen vier Beiträge (von Heinz Gärtner, Erik Gornik, Gerhard Oberkofler und Erwin Bader), die den Thirring-Plan in seinem historischen Kontext verorten: dem Kalten Krieg mit der Gefahr der Auslöschung der Menschheit durch Nuklearwaffen, der 1955 beschlossenen Neutralität Österreichs und der Aktivitäten der Friedensbewegung in den 1950er und 60er Jahren, an denen auch Thirring aktiv beteiligt war, u.a. in den „Pugwash-Konferenzen“ führender Naturwissenschaftler:innen, die sich gegen die

Gefahr eines Atomkrieges aussprachen. Der 3. Teil wendet sich den Themen „Frieden, Neutralität und Abrüstung heute“ zu: Christoph Matznetter diskutiert mögliche Beiträge Österreichs zur Abrüstung bis hin zu Beispielen von Staaten ohne Militär (z.B. Costa Rica, Haiti oder Panama), General (i.R.) Günther Greindl plädiert für eine Neutralität, die nicht wehrlos sein dürfe, und Karin Liebhart weist auf verschiedene „Ambivalenzen der österreichischen Neutralitätsdiskurse“ hin, die es breit zu diskutieren gelte. Besondere Beachtung kommt den Beiträgen von Ewa Ernst-Dziedzic (ehem. NR-Abg. der Grünen), Rosa Logar (Womens' International League for Peace and Freedom, WILPF Austria) und Christine Schweitzer (Bund für soziale Verteidigung, Deutschland) zu, weil sie Ideen und Konzepte vertreten, die seit langem auch im Versöhnungsbund vertreten und gefördert werden, wie das Szenario „Sicherheit neu denken“, der Vorschlag für eine österreichische Friedensstrategie, der Zivile Friedensdienst und die Möglichkeiten einer zivilen, gewaltfreien „sozialen Verteidigung“.

Den Abschluss des Sammelbandes bilden drei Beiträge zu Antimilitarismus und Abrüstung aus internationaler Perspektive: Andreas Gross zur Geschichte der konkreten Utopie „Schweiz ohne Armee“, Marko Hren über die Erfahrungen von „Slowenien ohne Armee“ im Zuge der Unabhängigkeitsbestrebungen sowie Leo Gabriel über Costa Rica als Land ohne Armee. Ein historischer Streifzug von Werner Wintersteiner zum Anti-Militarismus in Österreich rundet das Buch ab, das gerade in Zeiten einer scheinbar alternativen Aufrüstungs- und Kriegstauglichkeitsdebatte darauf hinweist, dass Frieden auch anders als in militärischen Kategorien gedacht werden kann und sollte.



Wolfgang Radlegger: Frieden – ein Lesebuch. Edition Tandem, Salzburg 2025; ISBN 978-3-903516-19-9

Der Autor, ehemaliges Mitglied der Salzburger Landesregierung, hat persönliche Erfahrungen und Gedanken zu Krieg und Frieden in einem „Lesebuch“ versammelt: „Frieden geschieht – wann und wo man sich aktiv darum bemüht“. Er widmet das Buch Hildegard Goss-Mayr zu ihrem 95. Geburtstag und kommt auch immer wieder auf sie zu sprechen, weil sie für ihn diese aktive Friedenshaltung verdeutlicht, die Widerstände nicht gescheut und eine andere Art Mut bewiesen hat, als er auf den Schlachtfeldern gefragt ist.

Inhaltlich bietet das Buch einen Streifzug durch Geschichte und Gegenwart – über kriegslogische Auseinandersetzungen und wie die Kriegslogik die „Realpolitik“ prägt, meist gegen den Willen der betroffenen Bevölkerungen, über gelungene Friedensinitiativen aus Religionen, Politik und Zivilgesellschaft, über Beispiele von Mut und gewaltfreiem Widerstand, auch in aktuellen Konflikten wie im Krieg in der Ukraine oder im Gazastreifen. Die 180 Seiten „Lesestoff“ bieten leicht lesbare, ermutigende Anstöße dafür, wie Frieden möglich werden kann.

Gelesen von Pete Hämmerle



DVR 0583031

Österreichische Post AG
MZ 02Z032555 M
Int. Versöhnungsbund, Ledererg. 23/3/27, 1080 Wien

Nein sagen zum Krieg,
zu jedem Krieg,
zur Logik des Krieges selbst,
der eine Reise ohne Ziel,
eine Niederlage ohne Sieger
und ein Wahnsinn ist, für den es
keine Entschuldigung gibt.

Papst Franziskus
Weihnachtsbotschaft
Urbi et Orbi 2023